

DIE ORTHODOXE KIRCHE UND DAS POLITISCHE SYSTEM DER ZWISCHENKRIEGSZEIT. ANMERKUNGEN ZUR MODERNISIERUNGSFÄHIGKEIT VON STAAT UND GESELLSCHAFT DURCH EINE INTERMEDIÄRE ORGANISATION*

Hans-Christian Maner

Vorbemerkungen

Nach dem Ersten Weltkrieg stellte sich in Rumänien die Frage einer grundlegenden Modernisierung von Staat und Gesellschaft immer dringlicher. Nicht nur der Staat, sondern auch alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte waren dazu aufgefordert, diesen Prozeß sowie die Etablierung einer demokratischen Grundordnung zu unterstützen und zu fördern.

Eine erfolgreiche Modernisierung wird mitunter durch die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft gekennzeichnet. Ein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem basiert auf fünf Grundpfeilern: einem Parteiensystem, den Wahlen, einem Regierungskabinett, einem Staatsoberhaupt und einem Parlament¹. Hinzu kommen verschiedene Einrichtungen wie intermediäre Organisationen, die in einer Demokratie mit ihren Funktionen unentbehrliche Dienste leisten für deren Entfaltung und Stabilität. Dazu zählen die Förderung der integrativen Kräfte in der Gesellschaft, die Herausbildung einer Konfliktkultur, die Diffusion der Herrschaft, die Etablierung einer pluralistischen politischen Kultur. Bei der Untersuchung des demokratischen Potentials einer Gesellschaft und eines Staates kommt intermediären Organisationen zwischen Sinnvermittlung und gesamtgesellschaftlichem Handeln eine grundlegende Bedeutung zu².

Neben Berufsorganisationen und Verbänden stellen die Kirchen als mächtige Faktoren im Demokratisierungsprozeß einer Gesellschaft das klassische Beispiel solcher Organisationen dar. Die Kirche und deren Vertreter genießen im Staat und in der Gesellschaft hohes moralisches Ansehen. Ihre Stellungnahmen und Aktionen in der Öffentlichkeit finden Beachtung und besitzen Vorbild- und Leitfunktion.

* Die folgenden Ausführungen sind im Rahmen eines Projektes im GWZO, Leipzig, Teil einer größeren Untersuchung zu den Voraussetzungen des autoritären Regimes in Rumänien, die demnächst in einem Tagungsband erscheinen werden.

Aus der multikonfessionellen Landschaft soll hier die orthodoxe Kirche ausgewählt werden, zumal in Rumänien die Mehrheit der Bevölkerung dem orthodoxen Glauben angehört und diese Kirche daher im Zentrum steht. Modernisierung meint allgemein die planmäßige Entwicklung von der traditionellen Agrargesellschaft zur hochentwickelten demokratisch-pluralistischen Industriegesellschaft. Sie steht für die Alternative zu Traditionalität und traditionellen Strukturen – agrarische Produktionsweise, stagnierende Technologie, geringe Alphabetisierungsrate, große Bedeutung religiöser und sakraler Werte –, die es im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich zu überwinden galt. Unter dem Begriff kann mit Wolfgang Zapf die "Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Anpassungskapazität, der gesamtgesellschaftlichen Selbststeuerungsfähigkeit der Eigenständigkeit und Autonomie" verstanden werden. Mit anderen Worten ist darunter "die zunehmende Fähigkeit einer Gesellschaft, den Anforderungen einer sich wandelnden Umwelt [...] durch zweckrationale Problemlösungen gerecht werden zu können", zu verstehen³. Modernisierung wird außerdem auch mit "Europäisierung", "Verwestlichung", "Industrialisierung" oder "Demokratisierung" gleichgesetzt: Nationen und Staaten eifern westlichen demokratischen Legitimationsmustern nach. Der Modernisierungsprozeß, der also zahlreiche Aspekte umfaßt – Rationalisierung, Säkularisierung, sich selbst tragendes wirtschaftliches Wachstum, Urbanisierung, Steigerung der sozialen Mobilität u.a. –, kann und soll hier nicht in all seinen Facetten beleuchtet werden⁴. Für die vorliegende Untersuchung erscheint es von Interesse, danach zu fragen, inwiefern diese Kirche zu einer Demokratisierung des nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Staates Rumänien beigetragen hat. Auf dem Hintergrund der Frage, ob es innerhalb der Kirche Ansätze oder Vorstellungen von einer Modernisierung von Staat und Gesellschaft gegeben hat, soll verfolgt werden, welches die Haltung der orthodoxen Kirche zur politischen Lage oder zu bestimmten gesellschaftspolitischen Situationen in der Zwischenkriegszeit gewesen ist⁵.

Kritische Beurteilung des politischen Systems und Lösungsansätze

Laut Verfassung von 1923 garantierte der Staat allen Religionsgemeinschaften Freiheit und gewährte ihnen Schutz, solange deren Ausübung nicht mit der öffentlichen Ordnung, den "guten Sitten" und den Gesetzen des Staates kollidierte. Als "rumänische Kirchen" erhielten die orthodoxe und die unierte oder griechisch-katholische Kirche den Vorrang vor den anderen Glaubensgemeinschaften. Die orthodoxe Kirche wurde zudem als "dominante" Kirche im Staat bezeichnet. Ausdrücklich wurde außerdem noch darauf hingewiesen, daß die Kirche unter der Kontrolle des Staates stehe⁶.

Zwar waren für die orthodoxe Kirche nach dem Ersten Weltkrieg interne Organisationsfragen, die Bemühungen um eine Vereinigung der orthodoxen

Kirchen aus den verschiedenen Landesteilen, die Einordnung in den neuen Staat sowie das Problem der Konfessionsschulen von zentraler Bedeutung. Doch nicht weniger grundlegend war die Beziehung zum Staat und damit verbunden die Überlegungen zur politischen Lage und deren Entwicklung.

Wie bereits andere Personen und Institutionen verband auch die orthodoxe Kirche mit der Zeitspanne nach dem Ersten Weltkrieg große Hoffnungen und Erwartungen. Dennoch betrachtete sie den Anfang als eine schwere Phase, die voller Mängel, Unzufriedenheiten, Schwierigkeiten, Rivalitäten, Intrigen und Feindschaften war⁷. Während die ersten Wahlen 1919 noch unter dem Eindruck des Krieges und der noch nicht abgeschlossenen Friedensverhandlungen stattgefunden hatten und es daher an Geschlossenheit und Solidarität mangelte, waren die Wahlen der nächsten Jahre erneut von Entzweigungen gekennzeichnet. Unter den Geistlichen breitete sich Enttäuschung über die politische Entwicklung aus. Die häufigen Wahlen, drei Jahre nach Kriegsende fand bereits ein dritter Umengang statt, wurden als "Zeichen einer tiefen Verelendung im gesellschaftlichen Organismus" kritisiert⁸. In den Wahlen sah man nämlich die große Gefahr des Mißbrauchs, der ausufernden Leidenschaften, die die Misere der Bevölkerung nur vergrößern würde.

In der Zeitung "Telegraful Român", dem Zentralorgan der orthodoxen Kirche Siebenbürgens, wurde bereits zu Beginn der 20er Jahre eine Vereinigung aller nützlichen Kräfte des Landes gefordert. "Ohne die Vereinigung der nötigen Kräfte sehen wir den Weg nicht, der aus der schwierigen Lage führt, in der sich das nach Konsolidierung sehnde vergrößerte Land windet"⁹. Man forderte vehement einen Zusammenschluß der politischen Kräfte, da es nur so möglich sei, die schwerwiegenden Probleme zu lösen. Lediglich eine Konzentrationsregierung, eine Einheit aller politischen Kräfte könne gegen die innere Unruhe und das Politikastertum ankommen. Dies blieb eines der Grundanliegen sowie einer der Hauptkritikpunkte der orthodoxen Kirche am politischen Leben, die Unfähigkeit der politischen Kräfte zu einem gemeinsamen Vorgehen. Forderungen nach einer nationalen Einheit tauchten in der Zwischenkriegszeit Rumäniens immer wieder auf. Sie wurden u.a. auch von König Ferdinand, der Regentschaft und König Carol erhoben¹⁰.

Die orthodoxe Kirche sah sich neben der wirtschaftlichen und finanziellen Krise auch mit einer tiefen seelischen und moralischen Krise konfrontiert und erhob es daher zu ihrer Aufgabe, den "moralischen Wiederaufbau eines Volkes an den Toren des Orients" zu bewerkstelligen¹¹. Sie betrachtete sich selbst als die "oberste geistigen Institution des Staates und des rumänischen Volkes", die sich stets die Verteidigung der "nationalen Existenz in den Grenzen des Gebietes der Urahren" eingesetzt hätte. Dementsprechend wurden Volk und Kirche als Einheit angesehen. Vertreter der Kirche wollten daher diese Institution auch in den Mittelpunkt der persönlichen und öffentlichen Beschäftigungen gestellt wissen¹².

Bereits zu Beginn der 20er Jahre wurden in Kirchenkreisen deutliche Töne gegen die Parteien laut. "Unsere politischen Parteien, insbesondere jene aus der Nachkriegszeit, besitzen keinen allzu großen Sinn für Recht und Gesetz"¹³. Die zunehmend ablehnende Haltung der orthodoxen Kirche gegenüber den Parteien nahm durch die immer prekärere finanzielle Lage des Staates, die sich zu Beginn der 30er Jahre natürlich auch im Haushalt für die Kirchen widerspiegelte, zu und geriet zu einer grundlegenden Kritik der Politik des Staates, sowie derjenigen, die diese Politik machten¹⁴.

Der Mord an Ministerpräsident I.G. Duca am 29. Dezember 1933 durch einen jungen Studenten löste in der rumänischen Öffentlichkeit eine Diskussion über die künftige Erziehung der Jugend aus, an der sich auch die orthodoxe Kirche beteiligte. Das "Problem der Jugend" wurde nicht als nationales, sondern als internationales Phänomen angesehen. Als Hauptgrund für diesen Ausbruch von Gewalt wurden die großen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg angesehen. Neben den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik wurde insbesondere die Demokratie beschuldigt, die Menschen zu ermutigen, das zu tun, was ihnen gefällt, sowie "die traditionellen Normen jeglicher religiöser und moralischer, Autorität" zu mißachten. Auch die Nachkriegsdemokratie hat demnach also einen "katastrophalen Einfluß auf die Seele der gegenwärtigen Jugend ausgeübt". Eine künftige Erziehung der Jugend müsse daher auf einer religiös-christlichen Moral gründen¹⁵.

Die Äußerungen aus Kirchenkreisen wurden immer schärfer. Deutliche Worte zur innenpolitischen Lage kamen anlässlich der Eröffnung der Versammlung der orthodoxen Bischöfe in Hermannstadt am 17. Mai 1936 vom Metropoliten Siebenbürgens, Nicolae Bălan. Der Kirchenmann sprach von einer "großen Instabilität des öffentlichen Lebens"; alles beruhe auf Improvisation. Gesetze, die das gesamte öffentliche Leben betreffen, würden nach jedem Regierungswechsel – und deren gab es häufige – geändert oder außer Kraft gesetzt. Respekt vor dem Gesetz, eine rechtsstaatliche Ordnung oder ein öffentliches Rechtsbewußtsein konnten so erst gar nicht entstehen. Hinzu kämen Wahlmißbrauch und politischer Druck, die negativen Einfluß ausübten. "Ich weiß nicht, ob uns unser lebendigeres Temperament zu so häufigen Veränderungen drängt, oder ist es uns noch nicht gelungen, eine einheitliche und gut definierte politische Konzeption unseres Staatslebens herauszuarbeiten?"¹⁶ Bălan wehrte sich gegen das politische Experimentieren und die inkohärenten Versuche, die das Land schwächten. Stattdessen forderte er ein Regierungssystem, das auf der Einheit der politischen Konzeption sowie einer logischen und stetigen Kontinuität gründete. Der notwendigen Erziehung der Bevölkerung in diesem Sinn diene daher keineswegs die ständige Erneuerung oder Veränderung der Gesetze, sondern statt der bisher mangelhaften, deren gute Anwendungen und Ausführungen in der Praxis. Ihre Forderung an den Staat, die bestehenden Gesetze einzuhalten und auszuführen,

setze die Kirche auch konkret um, indem sie sich beispielsweise für den Schutz der Arbeiter, insbesondere die Einhaltung der Freizeit und Urlaubszeit, einsetzte¹⁷.

Als den einzigen Ausweg aus der moralischen Krise sah die Kirche die Verbreitung des christlichen Glaubens in der Familie, der Gesellschaft und dem öffentlichen Leben¹⁸. Eine moralische Reform bestand nach Meinung von Kirchenvertretern in Fasten und Beten, sowie in Geduld und Ausharren¹⁹. Dementsprechend war auch ihre Haltung zu Fragen der Modernisierung von Staat und Gesellschaft. Eine Lösung der Krise sollte in der Konservierung von Tradition, von Sitten und Gebräuchen bestehen. Das religiöse Leben sowie die orthodoxe Kirche hielten an einer durch "mehrere Jahrhunderte" bewährten Tradition fest. Der Konservatismus galt als beständige Strömung innerhalb der orthodoxen Kirche²⁰.

Die moralische Krise in der Gesellschaft ließ aber auch die Kirche nicht unberührt. Stimmen sprachen von einer Krise, die auch die Kirche betraf²¹.

Statt effektive Lösungsvorschläge zu unterbreiten, trat die Kirche zumeist mit Klagen an den Staat heran. Sie beklagte die finanzielle Benachteiligung der Geistlichen, die Sonderbelastungen tragen mußten²². Die orthodoxe Kirche fühlte sich durch den Staat benachteiligt und an den Rand gedrängt. Auch fürchtete man die Trennung von Kirche und Staat, die nach Meinung hochrangiger Kirchenvertreter unnatürlich und unhistorisch sei. Denn zwischen Kirche und Nation bestehe eine "unzertrennliche Synthese". "Wenn der Staat versuchen würde, diese Einheit aufzubrechen, würde er gegen seine eigene Existenz kämpfen"²³.

Der Konfessionskonflikt als krisenverschärfendes Element

Außerdem fühlte sich die orthodoxe Kirche von verschiedenen Seiten in die Enge gedrängt, "dem Kommunismus, dem Freimaurertum und den Sekten"²⁴. Gerade im Kampf gegen die "Sekten", der als Kampf gegen die moralische Krise verstanden wurde, fühlte sich die orthodoxe Kirche vom Staat im Stich gelassen²⁵.

Als konstantes Motiv für die "fortwährende Unruhe innerhalb der rumänischen Gesellschaft" wurde in orthodoxen Kirchenkreisen wiederholt auf den Konfessionskonflikt hingewiesen. Insbesondere der Antagonismus zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche prägte den öffentlichen Diskurs. Die Existenz einer mit Rom unierten Kirche in Siebenbürgen stellte für die orthodoxe Kirche eine ständige Bedrohung dar. Dabei wurden die katholische, aber auch die unierte Kirche beschuldigt, nicht nur innerhalb der rumänischen Bevölkerung Zwietracht zu säen, sondern auch Proselytismus zu betreiben. Die Auseinandersetzungen beispielsweise um das Konkordat sowie ein späteres Abkommen mit dem Vatikan, um Besitztümer der katholischen Kirche in Siebenbürgen oder um die Katholisierung der Unierten Kirche, die in

der Öffentlichkeit breiten Raum einnahmen, nährten zudem die innenpolitische Krise²⁶.

In der orthodoxen Öffentlichkeit war die Atmosphäre vergiftet und geradezu gefährlich. Doch für diese Lage zeichnete auch die katholische Gegenseite durch ihre Haltung verantwortlich – *"peccatur extra et intra muros"*. Der Zusammenbruch des "tausendjährigen" Reiches der Stephanskronen hatte viele in einen Schockzustand versetzt. Durch eine falsche Informationspolitik Wiens und Budapests glaubten katholische Kreise nach wie vor, daß die Niederlage im Ersten Weltkrieg nicht endgültig und der Zustand lediglich vorübergehender Natur sei. Diese Hoffnung wurde unter den Ungarn Siebenbürgens durch Propagandisten aufrecht erhalten. Für die Propagandatätigkeit ließen sich auch die siebenburgischen Bischöfe des katholisch-römischen Ritus einspannen und sahen darin ein wichtiges Anliegen für die übergeordneten Interessen der Kirche. Doch daß diese irredentistische Strömung insbesondere von protestantischen ungarischen Kreisen gesteuert worden ist, wurde in Siebenbürgen nicht deutlich. Zugleich ist auch im Vatikan darauf hingewiesen worden, daß dieses Vorgehen der katholischen Kirche zutiefst schade. Die Kirchenfrage wurde von den Katholiken Siebenbürgens unter dem Prisma des ungarischen Irredentismus betrachtet. Zwar kann man nicht soweit gehen, die römisch-katholischen Bischöfe als Mittelpunkt des ungarischen Irredentismus zu betrachten, doch gab es Unvorsichtigkeiten, Offensiven und Provokationen aus eigener Initiative eines Teils des katholischen Klerus, die ausreichend waren, um die römisch-katholischen Gläubigen Siebenbürgens als Gegner des neuen Rumäniens darzustellen und damit neue Unruhe zu schaffen²⁷.

Während der Zwischenkriegszeit gab es auch von orthodoxer Seite immer wieder Vorschläge, diesen Konflikt durch eine Vereinigung der beiden ethnisch rumänischen Kirchen, der orthodoxen und unierten, zu lösen²⁸. Doch wurden diese Bemühungen nicht konkretisiert.

Die Kirche und der Nationalismus

Die Bemühungen um Abgrenzung von anderen Konfessionen und Bewegungen, so z.B. dem Katholizismus oder dem Freimaurertum, oder der Kampf gegen "Sekten" führten in der orthodoxen Kirche in den 30er Jahren zu einer immer deutlicheren und zugleich auch radikaleren Positionierung. In einem Artikel forderte der Diakon Dumitru Stăniloae 1932 die Schaffung eines "wahrhaft orthodoxen Staates". Der Theologe berief sich auf den Kreis um Nichifor Crainic und die Blätter "Gândirea" und "Calendarul", die vornehmlich von rechtsradikalen Lesern rezipiert wurden und von der Regierung bis Ende des Jahres 1933 mehrmals verboten worden waren²⁹. Darin wurde nicht allein das Politikastertum angeprangert, sondern neben den Parteien auch das

parlamentarisch-demokratische System als überholt angesehen. Zünfte und ein korporatives System sollten an deren Stelle treten³⁰. Andere Stimmen wiederum verlangten statt der Parteien "namhafte, ehrliche, moralische Persönlichkeiten" zu wählen³¹.

Eine deutliche Hinwendung der orthodoxen Kirche zu einer nationaleren Ausrichtung war die breit angelegte Berichterstattung in der Kirchenzeitung "Telegraful Român" zu Ehren des fünfzigsten Geburtstages des Schriftstellers und Politikers Octavian Goga. Insbesondere dessen Befürwortung des nationalen Prinzips wurde deutlich in den Vordergrund geschoben³². Bereits in den ersten Jahren der Zwischenkriegszeit wurde in kirchlichen Kreisen der autochthone, ethnisch-nationale Geist deutlich erkennbar.

Zu einer zusätzlichen Verschärfung der innenpolitischen Atmosphäre trug auch die öffentliche Unterstützung der von der größten rumänischen Tageszeitung "Universul" initiierten "rumänischen antirevisionistischen Liga" durch die orthodoxe Kirche bei. "Antirevisionistische Meetings" wurden unterstützt. Repräsentanten der Kirche wie der Metropolit Siebenbürgens zählten zu deren Organisatoren. Selbst die Dorfbevölkerung nahm, angeführt von Ortsgeistlichen, an den Versammlungen teil³³.

Besonderen Eindruck hinterließ in der Öffentlichkeit die Sympathieerklärung der Patriarchie für den "numerus clausus". Während die Kirche damit hoffte, für die Intellektuellen und die Jugend erneut attraktiv zu werden, warnten moderate Stimmen, daß die Kirche sich durch diese Geste auf politisches Glatteis begeben hätte, "mit verhängnisvollen Ergebnissen für das Leben, den Frieden und die Ruhe der Bevölkerung"³⁴.

Neben den politischen Ideen Crainics wurde auch die von A.C. Cuza und Goga gegründete Liga als zukunftsweisende Bewegung für die Jugend gepriesen, die sich dem christlichen Nationalismus verschrieben hätte³⁵. Metropolit Bălan lobte A.C. Cuza zudem als Ideologen des Nationalismus³⁶. Positive Beurteilungen wegen deren Haltung zum orthodoxen Christentum fanden sich jedoch nicht allein über die Liga der Nationalchristlichen Verteidigung, sondern auch über die Eiserne Garde³⁷.

Wiederholt bezeichneten Kirchenvertreter die orthodoxe Kirche als "Heimstatt" des rumänischen Nationalismus. Der Nationalismus wurde als jenes Wundermittel angesehen, das dazu verhelfen könnte, den Staat aus der krisenhaften Lage herauszuführen. "Wir sind der tiefen Überzeugung, daß der rumänische Staat, der im Namen der nationalen Idee vervollständigt wurde, auch aus dem mit der Orthodoxie verbrüdeten Nationalismus konsolidiert werden wird"³⁸. Der Nationalismus wurde als dringend notwendig angesehen, um so das nationale Bewußtsein. Entscheidend ist dabei jedoch die Definierung dieses Nationalismus. Unter Nationalismus wurde nicht die Abgrenzung von anderen Völkern oder gar der Kampf gegen jene verstanden, sondern das Recht auf die Existenz eines Volkes. Grundlegend ist schließlich auch für die künftige

politische Entwicklung und die Implikationen der orthodoxen Kirche darin der Hinweis auf die kirchliche Legitimation des Nationalismus. Der Nationalismus wurde von Metropolit Bălan nicht parteipolitisch verstanden. Die Kirche verkündete eine Konzeption, die sie auf der geistigen Ebene der Gnade und des Glaubens verankerte, einen kräftigen und zähen durch den Glauben umgewandelten Nationalismus. "Diese Konzeption will für alle Gläubigen gelten, für alle Rumänen, damit alle ihr Volk lieben und für seine Erhöhung kämpfen"³⁹. Die Positionierung des Nationalismus auf einer metaphysischen Ebene war zugleich die Begründung für die Kirche, sich dafür einzusetzen. Die Geistlichkeit wurde geradezu verpflichtet, "mit aller Kraft" die nationalchristliche Bewegung zu unterstützen. Diese Neudefinierung des Nationalismus führte auch zu einer untrennbaren durchaus unheilvollen Verbindung von ewig geistlichen und profan politischen Zielen und Motiven⁴⁰.

Damit verbunden waren die Kritiklosigkeit gegenüber rechten und rechtsradikalen Ideologien sowie die vehemente Ablehnung linker Ideale, die allein auf materielle Konzeptionen zurückgeführt wurden. Die Kirche sowie ihre Diener wurden aufgefordert, linke Ideen in der Bevölkerung zu bekämpfen. In öffentlichen kirchlichen Blättern wie dem *Telegraful Română* fanden sich heftige Angriffe gegen den Klassenkampf sowie den Kommunismus und Bolschewismus⁴¹. Die Ablehnung des Kommunismus durch die Kirche wurde nicht allein mit ideologischen Unterschieden, sondern mit den konkreten sozialen und politischen Gegebenheiten in Rumänien begründet. Die Bekämpfung dieser "Hidra" bedeutete nämlich, so der Theologe Stăniloae, auch die Verteidigung des Landes gegen mögliche Ansprüche der ethnischen Minderheiten sowie der revisionistischen Nachbarstaaten. Die Kopplung des Kampfes gegen den Kommunismus mit dem Schutz Rumäniens war somit ein Vorgehen, das die Kirche eindeutig in den Strudel profaner politischer Auseinandersetzungen warf⁴².

Für Kirchenvertreter wie den Theologen Dumitru Stăniloae galt das Scheitern der Nachkriegsdemokratie als eine Tatsache. Anstelle des Individualismus, des Atheismus und Materialismus wollte Stăniloae in Anlehnung an Crăinic eine christlich nationale Solidarität setzen. Ebenfalls von Crăinic übernahm Stăniloae auch die theoretische Grundlage, die neonationale Doktrin, für die anstehenden sozialen Probleme⁴³. Damit ging die Stärkung der autochthonen Strömung einher, die eine "geistige Emanzipation" gegenüber "fremden" westeuropäischen Werten forderte. Die eigene "tausendjährige Kultur", die von der orthodoxen Kirche vertreten wurde, sollte die krisenhafte Zeit überwinden helfen. Die "lebendige nationale Tradition" sollte dem Nachahmen westlicher Werte ein Ende bereiten⁴⁴. Die Kirche als "stärkste Unterstützerin der nationalen Idee" mußte, so ihre Vertreter, "aktiver und militanter" werden. Zu diesem Zweck wurde die "rumänische orthodoxe Bruderschaft" (*Frăția Ortodoxă Română* [FOR]) gegründet, die dieses

Gedankengut vornehmlich unter den Intellektuellen in den Städten verbreiten sollte⁴⁵.

Auch verschiedene religiöse Erscheinungen, wie jene in dem bessarabischen Ort Albineț oder dem walachischen Maglavit, die von der orthodoxen Kirche instrumentalisiert wurden, nahm die Kirche zum Anlaß, sich für eine neue nationale und religiöse Sache stark zu machen⁴⁶. Die Betonung lag dabei immer wieder auf der religiösen Seite. So setzte sich Stăniloae vehement für die Schaffung eines "rumänischen christlichen Staates" ein⁴⁷.

Ebenfalls zur Festigung des christlich-orthodoxen Glaubens sowie der Einheit in der Bevölkerung und zur Überwindung der moralischen Krise wurde auch eine weitere Organisation, das "Heer des Herren" (Oastea Domnului), gegründet, die sich an die Bauern und Arbeiter wandte. Doch gerade diese Bewegung legte durch den entbrannten Richtungsstreit Mitte der 30er Jahre offen, daß es selbst innerhalb der orthodoxen Kirche an der so häufig propagierten Einheit mangelte⁴⁸. Hinzu kam schließlich auch der Vorwurf, die orthodoxe Kirche Siebenbürgens würde hinter der Kirche des "Altreiches" zurückstehen⁴⁹.

Für die orthodoxe Kirche, die selbst die Einheit des Volkes forderte, war die innere Einheit lange Zeit ein großes Problem. Verschiedene Äußerungen ließen große Differenzen zwischen der orthodoxen Kirchen Siebenbürgens und derjenigen des Altreiches durchscheinen. Orthodoxe Kirchendiener Siebenbürgens warfen der Institution südlich und östlich der Karpaten ein vernachlässigtes moralisches Leben vor, das die Widerstandskraft der Kirche geschwächt hätte und damit auch das öffentliche politische Leben behinderte⁵⁰. Dieselben Probleme bestanden zwischen der orthodoxen Kirche des Altreiches und Bessarabiens.

Aus kirchlichen Kreisen wurde die Klage laut, daß bestimmte Bevölkerungskreise der Kirche nicht mehr treu seien. Insbesondere im Altreich sei bei Staatsbeamten und ihren Familien sowie bei anderen Vertretern der Staatsmacht eine Entfremdung von der Kirche festzustellen. Im Gegensatz dazu verhielt es sich mit den Bauern, die nach wie vor als treue Gläubige angesehen wurden⁵¹. Dieser Spalt, der durch die Gesellschaft ging, schwächte die orthodoxe Kirche. Sie trat nicht als Fordernde gegenüber dem Staat auf. Zudem fürchtete die Kirche in den hinzugekommenen Landesteilen, ein gewisses Maß an Autonomie einzubüßen und zu einem Hilfsorgan der politischen Macht herabzusinken⁵².

Die Geistlichkeit und die Radikalisierung der Politik

In der Zwischenkriegszeit gab es in Rumänien keine Partei, die sich ausschließlich als rein konfessionelle Gruppierung auf die orthodoxe Kirche berief. Die Beteiligung der Kirchendiener an der Parteipolitik führte auf einem außerordentlichen Kongreß des rumänischen orthodoxen Klerus im März 1936

dazu, daß in einem Antrag der Rückzug der Geistlichkeit aus den politischen Parteien gefordert wurde. Die Parteien wurden nämlich beschuldigt, der Kirche und ihren Dienern gegenüber feindlich gesinnt zu sein. Bereits seit 1928 hatte der Heilige Synod den Geistlichen verboten, die Kirche oder religiöse Handlungen in den Dienst einer Partei zu stellen oder sich gegen die Staatsmacht aufzulehnen. Es bestand nämlich die Gefahr, daß Geistliche von Politikern für ihre Zwecke mißbraucht wurden und daß die Kirche als politische Plattform dienen könnte⁵³. Die Beteiligung von Geistlichen an den politischen Aktivitäten der verschiedenen Parteien wurde von der Staatsmacht argwöhnisch verfolgt⁵⁴.

Dennoch sollten sich die Geistlichen nicht allein auf die kultischen und Verwaltung Angelegenheiten der Kirche beschränken, sondern darüber hinaus als "religiöse Persönlichkeiten" universelle Aufgaben wahrnehmen. Auf allen Ebenen müsse der Geistliche die Bevölkerung lenken und sich für ihre seelische Festigung und Erhöhung einsetzen⁵⁵.

Eine logische Folge der Aufforderung an die Geistlichen, sich nicht mehr am politischen Leben einer Partei zu beteiligen, war das am 1. Januar 1937 in Kraft getretene Strafgesetzbuch, das den Kirchendienern unter Strafandrohung untersagte, gegenüber den Gläubigen auf die eine oder andere Weise bestimmte politische Empfehlungen auszusprechen⁵⁶. Noch unberührt davon blieb die eigene Aktivität der Kirche und ihrer Diener in der politischen Öffentlichkeit. Doch sollte sich auch dies bald ändern.

Der Kampf der Kirche gegen den Kommunismus führte sie auf eine Gegenposition, die spätestens Mitte Februar 1937 öffentlich wurde. Die Rückführung der beiden im spanischen Bürgerkrieg gefallenen Legionäre Ioan Moța und Vasile Marin nach Rumänien und deren Beerdigung in Bukarest am 13. Februar 1937 fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung statt, wobei die orthodoxe Kirche, vertreten durch zahlreiche Geistliche sowie ranghohe Diener, eine unübersehbare Präsenz zeigte. Es wurde geradezu von einer Prozession in Bukarest gesprochen, an der fast 100 Priester teilgenommen hätten. In Kirchenkreisen wurde dieser Vorgang unter völliger Verkennung der eigentlichen Hintergründe als "Sensibilität unserer orthodoxen Kirche für die großen Probleme der Zeit" gewertet. Schließlich bezeichnete Metropolit Bălan die beiden Legionäre in seinem Gebet in der Bukarester Kirche Sf. Ilie Gorgani als die "besten und tapfersten Söhne unseres Volkes", deren Namen unvergessen bleiben würden⁵⁷. Vor allem Teile der niederen ländlichen Geistlichkeit bekannten sich zur Legion "Erzengel Michael"⁵⁸.

Der politische Auftritt zahlreicher Geistlicher in der Öffentlichkeit entfachte erneut die Diskussion über die Teilnahme der Priester an der Politik. Stimmen in der Regierung forderten die Beschränkung von deren Aktivität auf streng kirchliche Angelegenheiten. Dem widersetzte sich jedoch das oberste Gremium der orthodoxen Kirche, der Heilige Synod. Selbstbewußt wurden die

Aufgaben der orthodoxen Kirche wie folgt festgelegt: das rumänische Volk zu lehren, zu beraten sowie den Weg zu weisen, den es als "nationales Kollektiv" zu gehen hat. Lediglich jene Geistliche sollten zur Verantwortung gezogen werden, die entgegen ihrer geistlichen Mission handelten. Zudem durften sie lediglich in jenen Parteien aktiv tätig sein, die monarchisch, dynastisch, rumänisch-national waren. Außerdem wurde den Geistlichen verboten, Parteiinsignien in den Gottesdiensten zu tragen, Eide mit politischen Charakter abzulegen oder parteipolitische Angelegenheiten in den Predigten vorzubringen. In der vom Heiligen Synod veröffentlichten Richtlinie hieß es unter anderem, daß die Kirche sowie ihre Diener zum Wohl der Nation, der Festigung des Staates sowie der monarchischen Form des Staates tätig sein sollten. Zu den weiteren politischen Programmpunkten der Kirche zählten die enge Bindung an Gott, das Wohl des rumänischen Volkes, die christlichen Werte, die Solidarität und Harmonie innerhalb der Bevölkerung sowie die Eingrenzung der Macht der Fremden, um so die Existenz der Nation nicht zu gefährden⁵⁹.

Die radikale nationale Sichtweise führte schließlich Kirchenkreise im August 1937 dazu, öffentlich von einem "jüdischen Problem" in Rumänien zu sprechen. "Das Judentum ist und wird jeden Tag, der vergeht, zu einer immer schwereren Bürde für unser Volk und unser Land". Zwar distanzierte sich der Patriarch davon, solche Äußerungen mit Antisemitismus gleichzusetzen. Doch kam dies lediglich einer verbalen Entschuldigung ohne Folgen gleich⁶⁰. Auch Geistliche in anderen Landesteilen sprachen von einem "jüdischen Problem". Während einer religiösen Feier in Iaşi bezeichnete der Geistliche "die Semiten als ein großes Übel für die Rumänen"⁶¹.

Bereits Ende des Jahres 1923 verbreiteten einzelne Geistliche durch ihre Artikel im "Telegraful Român" eine antijüdische Stimmung. Beklagt wurden zweierlei: In den staatlichen rumänischen Schulen jüdische Lehrer tätig seien, "Menschen, denen das Gesetz fremd ist und erklärte Feinde unseres Glaubens der Urahn". Von solchen Erziehern würde ein schlechter Einfluß auf die künftige Intellektuellenschicht ausgeübt⁶². Außerdem wurden für die geschwachte Religiosität in allen sozialen Schichten, aber insbesondere für die religiöse Gleichgültigkeit der unteren Schicht, ebenfalls die Juden verantwortlich gemacht. Dies geschehe vor allem dadurch, daß die von Juden geführten Gaststätten und Wirtshäuser die Christen vom sonntäglichen Kirchgang abhielten. Zudem würden Geistliche in Prozesse hineingezogen, in denen jüdische Richter gegen sie intrigierten. Und schließlich befinde sich ein großer Teil der Industrie und des Handels in den Händen "der Fremden". Die Juden wurden auch im pejorativen Sinn als "jidani" bezeichnet und beschimpft. In Stadtvierteln mit Wirtshäusern und anderen Vergnügungslokalen würde die Jugend korrumpiert und verdorben. "Siehe, dieses parasitäre und zerstörerische Volk unterhält sich auf dem Rücken des geduldigen Volkes und vergiftet es seelisch und körperlich"⁶³.

Spätestens zum Zeitpunkt der fremdenfeindlichen Äußerungen vom August 1937 entfernte sich die orthodoxe Kirche öffentlich von grundlegenden demokratischen Prinzipien, wie dem gleichen Wahlrecht für alle. Die Fremden, in diesem Fall die Juden, sollten in Rumänien kein Wahlrecht mehr besitzen, da sie ansonsten das rumänische Volk entzweiien würden. "Aus der Demokratie soll all das beseitigt werden, das das einheitliche Interesse des Volkes schädigt und seine Funktion als eigentlicher Herr im Land zunichte macht. Wenn das, was übrig bleibt, keine Demokratie mehr ist, dann hat das keine Bedeutung. Unser Kampf, der einer Realität gewidmet ist, kann nicht durch ein Phantom eingeschüchtert werden"⁶⁴. So sprach man in Kirchenkreisen weniger von Demokratie, wenn man die Gegenwart charakterisierte, sondern von einer "von Anarchie und Demagogie gesättigten Epoche." Daher sei eine "aufgeklärte Diktatur" die passende Staatsform. "Die Völker fühlen sich sicherer, wenn sie mit starker Hand geführt werden"⁶⁵.

Die orthodoxe Kirche beharrte jedoch auf der monarchischen Form als Organisation des Staates. Die Monarchie passe nämlich zur "seelischen Verfassung und den politischen Vorstellungen des rumänischen Volkes"⁶⁶. Insbesondere Carol II. brachte der orthodoxen Kirche besondere Verehrung entgegen, zumal er der erste im Land geborene und orthodox getaufte König Rumäniens war⁶⁷.

Schlußbemerkungen

Der orthodoxen Kirche ging es in erster Reihe darum, den 1918 entstandenen Staat zu konsolidieren und damit zusammenhängend das nationale Bewußtsein zu stärken. Dabei blieb wenig Raum für Gedanken über eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, wenn diese noch gar nicht fest zusammengefügt waren. Hinzu kam auch, daß die orthodoxe Kirche sich zwar zum Erhalt der monarchischen Grundordnung bekannte, doch mit ihren offenen Sympathien für die Bewegung der Legionäre unterstützte sie jene Strömung, die sich deutlich gegen das bestehende politische System der Zwischenkriegszeit aussprach. In ihren Bestrebungen, sich in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens zu stellen, den säkularen Tendenzen unter der Jugend und vor allem den Intellektuellen zu begegnen, vertrat die orthodoxe Kirche immer nationalistischere Positionen. Dieser radikale nationale Diskurs ließ die Kirche eindeutige politische Positionen einnehmen. Mit der unzweideutigen Absage an "westeuropäische Importe", zu denen auch die Demokratie gezählt wurde, lehnte die orthodoxe Kirche zugleich auch jene Form der Modernisierung ab, die diese Werte vertrat. Ihr ging es darum, einen anderen, einen eigenen Weg zu gehen.

Spätestens 1937 begab sich die orthodoxe Kirche auf eine gefährliche Position. Ihre offenen Sympathiebekundungen für die Legion "Erzengel Michael" standen im eindeutigen Widerspruch zum existierenden Staat und

seinem politischen System. Dadurch schürte sie eher den Konflikt, als daß sie integrativ wirkte und die Einheit in Staat und Gesellschaft vorantrieb. Sie konnte ihren Anspruch, versöhnend zu wirken, nicht erfüllen. Außerdem ließ die enge Bindung an den Staat keinen Raum für eine Diffusion der Herrschaft. Die starke ethnokratische Ausrichtung der orthodoxen Kirche ermöglichte schließlich keine Etablierung einer pluralistischen politischen Kultur oder gar die Herausbildung einer Konfliktkultur.

Auch die Auseinandersetzungen zwischen der orthodoxen und der römisch-katholischen sowie der unierten Kirche erschwerten und verlangsamten das Zusammenwachsen des uneinheitlichen Staates. Zugleich überstiegen die ständigen Forderungen der Kirchen die Möglichkeiten und Kapazitäten des Staates und führten zu erneuten Spannungen und Unruhen.

¹ K. Kluxen, *Geschichte und Problematik des Parlamentarismus*, Frankfurt am Main 1983, S. 184; S.E. Baker, *Zur Theorie des Parlamentarismus*, in: K. Kluxen (Hg.), *Parlamentarismus*, Königstein 1980, S. 60–61.

² Th. Luckmann, *Moral im Alltag. Sinnvermittlung und moralische Kommunikation in intermediären Institutionen*, 1998.

³ W. Zapf (Hg.), *Theorien sozialen Wandels*, Köln–Berlin 1969, S. 22; P. Flora, *Modernisierungsforschung*, 1974, S. 13; H. Sundhaussen, *Die "Modernisierung" der Balkanländer in vorsezialistischer Zeit: Ein Mißverständnis und seine Folgen*, in: I. Gregori/A. Schaser (Hgg.), *Rumänien im Umbruch. Chancen und Probleme der europäischen Integration*, Bochum 1993, S. 24.

⁴ Vgl. auch H.-C. Maner, *Parlamentarismus in Rumänien (1930–1940). Demokratie im autoritären Umfeld*, München 1997 (Südosteuropäische Arbeiten, 101), S. 31–32.

⁵ Die folgenden Überlegungen gründen vornehmlich auf der Durchsicht relevanter orthodoxer Kirchenblätter wie der Zeitung "Telegraful Român", den Zeitschriften "Biserica Ortodoxă Română", "Apostolul Circularelor".

⁶ I. Muraru u.a. (Hgg.), *Constituțiile Române. Texte. Note. Prezentare comparativă*, București 1993, S. 74–75. Zur Geschichte der orthodoxen Kirche in diesem Zeitraum siehe ausführlich M. Păcurariu, *Istoria bisericii ortodoxe române*, vol. 3, București, 1994, sowie zahlreiche Artikel in der Zeitschrift "Biserica Ortodoxă Română".

⁷ "Telegraful Român", Nr. 86, 1./14. November 1922; vgl. auch ebenda, Nr. 87, 4./17. November 1922; allgemein dazu auch DANIC, fond Miron Cristea, nr. 3, f. 3ff.

⁸ "Telegraful Român", 18./31. Januar 1922; siehe auch ein konkretes Beispiel: *Cincizeci de ani de preoție a preotului Nicolae Abramescu*, București 1928, S. 63–64.

⁹ Ebenda.

¹⁰ V. Gan, *În fața alegerilor*, in: "Telegraful Român", Nr. 13, 11./24. Februar 1922; vgl. auch "Telegraful Român", Nr. 19, 4./17. März 1922; dazu auch Maner, *Parlamentarismus*.

¹¹ I. Crăciun, *Biserica neamului nostru*, in: "Telegraful Român", 25. Januar/7. Februar 1922; vgl. auch Hirtenbrief des Heiligen Synods von November 1931, in: "Telegraful Român", Nr. 83–84, 21. November 1931.

¹² DANIC, fond Miron Cristea, nr.3, f. 19–20, 89; "Telegraful Român", Nr. 4–6, 14. Januar 1933; ebenda, Nr.1, 1. Januar 1934; vgl. auch "Apostolul Circularelor", 2. Jg., 1937, Nr. 13–14, S. 51–52.

- ¹³ I. Mateiu, *Statul și Biserica Ortodoxă*, in: "Telegraful Român", Nr. 66–67, 19. September 1931.
- ¹⁴ I. Mateiu: *Statul*, in: "Telegraful Român", Nr. 69, 26. September 1931.
- ¹⁵ "Telegraful Român", Nr. 5, 27. Januar 1934; ebenda, Nr. 21, 20. Mai 1934; ebenda, Nr. 34, 19. August 1934.
- ¹⁶ "Telegraful Român", Nr. 22, 24. Mai 1936.
- ¹⁷ I.V. Felea, *Biserica și protecția muncitorilor*, in: "Telegraful Român", Nr. 30, 19. Juli 1936.
- ¹⁸ "Telegraful Român", Nr. 4–6, 14. Januar 1933.
- ¹⁹ "Telegraful Român", Nr. 27–28, 2. April 1932.
- ²⁰ Dazu auch Nicolae Bălan, *Un congres biblic românesc*, Sibiu 1912, S. 29; *Cincizeci de ani de preoție*, S. 65–66.
- ²¹ DANIC, fond Onisifor Ghibu, Nr. 55, f. 29.
- ²² Hierzu zahlreiche Berichte in Direcția Arhivele Naționale Istorice Centrale București [DANIC], fond Direcția Generală a Poliției, nr. 41/1935, f. 12, 13, 15, 18, 20, 25; Ebd. nr. 44/1935, f. 3–8; "Apostolul Circularelor", 1. Jg., 1936, Nr. 9, S. 1.
- ²³ Metropolit Nicolae anlässlich der bischöflichen Versammlung in Hermannstadt am 5. Mai 1935, "Telegraful Român", Nr. 21, 12. Mai 1935; "Apostolul Circularelor", 1. Jg., 1936, Nr. 26, S. 1–2.
- ²⁴ "Telegraful Român", Nr. 41, 29. September 1935.
- ²⁵ T. Scorobeș, *Ortodoxia în mijlocul frământărilor religioase de azi*, in: "Telegraful Român", Nr. 42, 11. Oktober 1936.
- ²⁶ Părintele Nichifor, *Confesionalism politic*, Sibiu 1930; Derselbe, *Să înceteze confesionalismul politic!*, Sibiu 1933. Dazu auch "Telegraful Român", Nr. 44–45, 23. Oktober 1934; ebenda, Nr. 51, 2. Dezember 1934; ebenda, Nr. 53, 16. Dezember 1934; ebenda, Nr. 47, 10. November 1935; ebenda, Nr. 48, 17. November 1935; Nr. 49, 24. November 1935; ebenda, Nr. 13, 22. März 1936; ebenda, Nr. 15, 5 April 1936. Außerdem zahlreiche Beiträge in B.O.R.
- ²⁷ Arhiva Arhiepiscopiei Romano-Catolice București, Arhiva Cisar, dos. nr. 106 cura militaris 1932–1943.
- ²⁸ Arhivele Naționale Cluj. Fond personal și colecția de documente Ilie Dăianu, Nr. 720, 726, 737. Briefe Dăianu an Alexandrina Cantacuzino (16. Juli 1931), Miron Cristea (6. Juni 1935), und Carol II. (7. Juni 1935).
- ²⁹ A. Heinen, *Die Legion "Erzengel Michael" in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus*, München 1986 (Südosteuropäische Arbeiten, 83), S. 185.
- ³⁰ Artikel von Crainic in "Calendarul" des Jahres 1932.
- ³¹ V. Gan, *Solidaritatea satelor?*, in: "Telegraful Român", Nr. 23–24, 19. März 1932.
- ³² "Telegraful Român", Nr. 13–14, 13. Februar 1932; ebenda, Nr. 15–16, 20. Februar 1932; ebenda, Nr. 21–22, 12 März 1932.
- ³³ "Telegraful Român", Nr. 43–44, 27. Mai 1933; ebenda, Nr. 45–46, 3. Juni 1933; ebenda, Nr. 1, 1. Januar 1934; ebenda, Nr. 46–47, 4. November 1934.
- ³⁴ DANIC, fond Direcția Generală a Poliției, nr. 41/1935, f. 17.
- ³⁵ "Telegraful Român", Nr. 35, 18. August 1935.
- ³⁶ "Telegraful Român", Nr. 16, 18. April 1937.
- ³⁷ D. Stăniloae, *Partidele politice și crucea*, in: "Telegraful Român", Nr. 13–14, 11. Februar 1933.
- ³⁸ D. Stăniloae, *Biserica și naționalismul*, in: "Telegraful Român", Nr. 28, 5. Juli 1936.
- ³⁹ Ebenda.
- ⁴⁰ D. Stăniloae, *Naționalismul în cadrul spiritualității creștine*, in: "Telegraful Român", Nr. 36, 30. August 1936.

- ⁴¹ C. Zoican, *Lupta de clasă și aprecierea creștină*, in: "Telegraful Român", Nr. 34, 16. August 1936; ebenda, Nr. 35, 23. August 1936.
- ⁴² D. Stăniloae, *Biserica împotriva comunismului*, in: "Telegraful Român", Nr. 42, 11 Oktober 1936. S. auch den Hirtenbrief der siebenbürgischen Bischöfe gegen den Kommunismus v. 22. September 1936 in: "Telegraful Român", Nr. 42, 11. Oktober 1936.
- ⁴³ D. Stăniloae, *Un atlet al naționalismului creștin*, in: "Telegraful Român", Nr. 14, 1. April 1934.
- ⁴⁴ Hier erneut die Anlehnung an Crainics Buch *Puncte cardinale în haos*. "Telegraful Român", Nr. 10, 1. März 1936.
- ⁴⁵ S. hierzu den Bericht über den ersten Kongreß der FOR in: "Telegraful Român", Nr. 46–47, 4. November 1934; dazu auch "Calendarul", 9. März 1933.
- ⁴⁶ DANIC, fond DGP, Nr. 44/1938, f. 30–31; "Telegraful Român", Nr. 38, 8. September 1935; ebenda, Nr. 51, 8. Dezember 1935.
- ⁴⁷ D. Stăniloae, *Spre statul român creștin*, in: "Telegraful Român", Nr. 18, 26. April 1936.
- ⁴⁸ Zur Organisation siehe *Oastea Domnului Isus, Iași 1930*; "Telegraful Român", Nr. 5, 27. Januar 1935; ebenda, Nr. 9, 28. Februar 1937; siehe auch zu einer anderen Organisation DANIC, fond Dudu Velicu, nr. 54, f. 304–308.
- ⁴⁹ "Telegraful Român", Nr. 48, 17. November 1935.
- ⁵⁰ "Telegraful Român", Nr. 63, 12./25. August 1922.
- ⁵¹ "Telegraful Român", Nr. 61, 5./18. August 1922.
- ⁵² "Telegraful Român", Nr. 62, 1./14. August 1923.
- ⁵³ "Apostolul Circularelor", 1. Jg., 1936, Nr. 37, S. 204; DANIC, fond Direcția Generală a Poliției, nr. 41/1935, f. 25.
- ⁵⁴ DANIC, fond Direcția Generală a Poliției, nr. 112/1934, f. 1, 3, 4; ebenda, Nr. 228/1935, f. 2, 4, 6, 8, 15–16; ebenda, Nr. 274/1936, f. 2, 5, 13, 15, 17, 19.
- ⁵⁵ D. Stăniloae, *Misiunea preotului*, in: "Telegraful Român", nr. 25, 14. Juni 1936; dazu auch DANIC, fond Onisifor Ghibu, Nr. 55, f. 19–20.
- ⁵⁶ "Apostolul Circularelor", 2. Jg, 1937, Nr. 17–18, S. 73–79; "Telegraful Român", Nr. 5, 31. Januar 1937.
- ⁵⁷ Siehe den Wortlaut des Gebets in: "Telegraful Român", Nr. 8, 21. Februar 1937; A. Popa, *Întorși acasă*, in: Ebenda.
- ⁵⁸ Siehe das Beispiel von 34 Geistlichen in Bessarabien. DANIC, fond Onisifor Ghibu, Nr. 55, f. 151.
- ⁵⁹ Siehe das Kommuniqué des Heiligen Synods sowie die Rede des Patriarchen in: "Telegraful Român", Nr. 11, 14. März 1937; dazu noch "Apostolul Circularelor", 2. Jg., 1937, Nr. 16, S. 65–67; ebenda, 2. Jg., 1937, Nr. 17–18, S. 79–80; vgl. auch D. Stăniloae, *Un eveniment epochal*, in: "Telegraful Român", Nr. 13, 28. März 1937; sowie S. Căndea, *Preoții și politica*, in: Ebenda; siehe auch die Umfrage in "Curentul", 12. und 21. März 1937.
- ⁶⁰ "Telegraful Român", Nr. 35, 29. August 1937.
- ⁶¹ DANIC, fond Direcția Generală a Poliției, Nr. 44/1937, f. 13.
- ⁶² V. Pășcău, *Preoțimea în parlament*, in: "Telegraful Român". Nr. 97, 28. November/11. Dezember 1923.
- ⁶³ Ebenda.
- ⁶⁴ "Telegraful Român", Nr. 35, 29. August 1937.
- ⁶⁵ I.V. Feleac, *Dictatura disciplinei*, in: "Telegraful Român", Nr. 61, 26. August 1933.
- ⁶⁶ Bekenntnis anlässlich des Besuchs Carlos II. in Hermannstadt, "Telegraful Român", Nr. 54, 30. Juli 1932.
- ⁶⁷ D. Stăniloae, *Lozinci regale pentru Biserică*, in: "Telegraful Român", Nr. 7, 10. Februar 1935.